



**An den Grossen Rat**

**25.1220.02**

Gesundheits- und Sozialkommission  
Basel, 12. November 2025

Kommissionsbeschluss vom 16. Oktober 2025

## **Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission**

betreffend

**Ratschlag «Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026–2029»**

Inhalt

<b>1. Begehren.....</b>	<b>3</b>
<b>2. Ausgangslage.....</b>	<b>3</b>
2.1 Allgemeines.....	3
2.2 Finanzierung und Governance.....	4
<b>3. Vorgehen der Kommission.....</b>	<b>5</b>
<b>4. Erwägungen der Kommission.....</b>	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
<b>5. Antrag der Kommission.....</b>	<b>6</b>
<b>Grossratsbeschluss.....</b>	<b>7</b>

## **1. Begehren**

Mit dem Ratschlag 25.1220.01 beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat die Bewilligung von Ausgaben für einen Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026–2029 in der Höhe von insgesamt 20.0 Mio. Franken (je 5 Mio. Franken pro Jahr), nicht indexiert. Der Staatsbeitrag an das IOB für die Jahre 2026–2029 entspricht der dritten Etappe der seit 2018 laufenden Finanzierung.

Beim Staatsbeitrag des Kantons Basel-Stadt an das IOB handelt es sich um die Weiterführung einer Finanzhilfe gemäss § 3 Abs. 1 des Staatsbeitragsgesetzes vom 11. Dezember 2013 (StBG, SG 610.500). Finanzrechtlich ist die Ausgabe als neu im Sinn von § 25 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2021 (Finanzhaushaltgesetz, SG 610.100) zu qualifizieren.

Rechtsgrundlage für die beantragte Ausgabe gemäss § 24 Abs. 1 lit. a Finanzhaushaltgesetz bildet der vom Grossen Rat zum vorliegenden Ratschlag zu fassender Beschluss (§ 24 Abs. 2 lit. c Finanzhaushaltgesetz).

Die Ausgabe von 5.0 Mio. Franken ist im Budget des Gesundheitsdepartements für das Jahr 2026 eingestellt, die weiteren Beiträge von jährlich 5 Mio. Franken bis ins Jahr 2029 sind in der Finanzplanung 2027–2029 enthalten.

## **2. Ausgangslage**

### **2.1 Allgemeines**

Augenerkrankungen stehen an der Spitze der schlimmsten Erkrankungen weltweit. Der teilweise oder vollständige Verlust der Sehkraft hat denn auch maximale Auswirkungen auf das Leben und den Alltag der Betroffenen. Seherkrankungen nehmen zudem weltweit zu. Dies liegt auch daran, dass die Weltbevölkerung allgemein älter wird und Seherkrankungen oftmals Alterserscheinungen sind. Der Bedarf an Forschung und Entwicklung neuer Therapien für Augenerkrankungen ist deshalb gross.

Das IOB wurde Ende 2017 mit dem Ziel gegründet, Augenkrankheiten besser zu verstehen, um neue Behandlungen zu entwickeln und die betroffenen Patientinnen und Patienten bestenfalls zu heilen. Das Institut ist im Sinne einer Public-Private-Partnership (PPP) als Stiftung organisiert und wird getragen vom Universitätsspital Basel, der Universität Basel und von Novartis International AG. In die PPP-Finanzierung bringt sich nebst der Trägerschaft auch der Kanton Basel-Stadt ein. Zusätzlich wirbt das IOB selbst Drittmittel ein.

Im Zentrum des IOB stehen sowohl die Grundlagenforschung als auch weitere Entwicklungen bis hin zur klinischen Anwendung an Patientinnen und Patienten (translationale Forschung). Das IOB hat in seiner bisherigen Tätigkeit zahlreiche wissenschaftliche und technologische Durchbrüche erreicht. Es verweist auf:

- Ca. 750 veröffentlichte Arbeiten, 90 Auszeichnungen an Wissenschaftler des IOB;
- Expertenbericht: IOB weltweit führendes Institut in der Ophthalmologie;
- Spin-Off «RhyGaze»: Einwerbung von 65 Mio. Franken Drittmittel und Folgeinvestitionen von rund 90 Mio. Franken;
- Aufbau zahlreicher Partnerschaften mit renommierten Institutionen.

Der Betrieb des IOB steht zum einen in Übereinstimmung mit dem Legislaturplan 2025 bis 2029, in welchem festgehalten ist, dass die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Basel durch Innovation und Stärkung der Wissensgesellschaft erhalten und weiter gestärkt werden soll. Zum anderen steht das IOB in Übereinstimmung mit den Strategien von Universität Basel («Kooperationen mit anderen

hochrangigen Wissenschaftsinstitutionen im In- und Ausland zur Stärkung des Forschungs- und Wirtschaftsstandorts der Region») und Universitätsspital Basel («Schwerpunkte in der translationalen und klinischen Life Science-Forschung mit den Hochschulen, insbesondere mit der Universität Basel, und weiteren Partnern»).

## 2.2 Finanzierung und Governance

Das IOB erhält als Public-Private-Partnership-Unternehmen Beiträge von Novartis, Universität Basel, Universitätsspital und Kanton Basel-Stadt. Das Gründungsmitglied Novartis hat angekündigt, nach Ablauf der zugesicherten ersten zehn Betriebsjahre, die per Ende 2027 enden, seinen jährlichen Beitrag von 10 Mio. Franken ab 2028 auf 5 Mio. Franken zu reduzieren. Novartis will diesen Betrag von 2028 bis 2032 ausrichten.

Die Vorlage beinhaltet die Fortführung des bisherigen Kantonsbeitrags von 5 Mio. Franken pro Jahr für die Periode 2026 bis 2029, was den Weiterbetrieb sichern und substanzielle Einschnitte in der Tätigkeit des IOB verhindern helfen soll. Universität und Universitätsspital behalten den Umfang ihrer bisherigen Finanzierung ebenfalls bei. Dies bedeutet einen Finanzierungsumfang von 20 Mio. Franken pro Jahr (wie bisher) für die Jahre 2026 und 2027 sowie 15 Mio. Franken für die Jahre 2028 und 2029.

Die künftigen Mittel des IOB entwickeln sich gemäss Vorlage wie folgt:

2026 bis 2027 (unverändert zur bisherigen Leistungsperiode)

<b>Gründer / Stifter IOB</b>			<b>Kanton BS</b>
<b>Novartis</b>	<b>USB</b>	<b>Universität Basel</b>	<b>GD (beantragt)</b>
10 Mio. p.a.	3 Mio. p.a.	2 Mio. p.a.	5 Mio. p.a.

Die Novartis trägt weiterhin 50 Prozent der PPP-Gesamtfinanzierung von 20 Mio. Franken, der Kanton Basel-Stadt 25 Prozent, das USB 15 Prozent und die Universität Basel 10 Prozent.

2028 bis 2029

<b>Gründer / Stifter IOB</b>			<b>Kanton BS</b>
<b>Novartis</b>	<b>USB</b>	<b>Universität Basel</b>	<b>GD (beantragt)</b>
<b><u>5 Mio. p.a.</u></b>	3 Mio. p.a.	2 Mio. p.a.	5 Mio. p.a.

Die Novartis trägt neu 33 Prozent der PPP-Gesamtfinanzierung von 15 Mio. Franken, der Kanton Basel-Stadt ebenfalls 33 Prozent, das USB 20 Prozent und die Universität Basel 13 Prozent.

Der Kanton Basel-Stadt hat auf einen Einsitz im Stiftungsrat des IOB verzichtet und lässt seine Interessen indirekt durch Mitglieder aus Universitätsspital und Universität vertreten.

Aufgrund der ab 2028 neuen Gewichtsverteilung in der finanziellen Teilhabe soll der Staatsvertrag zur Trägerschaft des IOB einen neuen Abs. 7 erhalten, der die Rolle des Kantons Basel-Stadt stärkt:

*7 Die Trägerschaft erstattet dem Departement mindestens einmal jährlich im Rahmen eines persönlichen Austauschs Bericht über die finanzielle Lage, strategische und finanzielle Risiken sowie die Unternehmensentwicklung*

Für weitere Details wird auf den Ratschlag Nr. 25.1328.01 verwiesen.

### **3. Vorgehen der Kommission**

Der Grosse Rat hat den Ratschlag Nr. 25.1220.01 der Gesundheits- und Sozialkommission zum Bericht überwiesen. Die Kommission hat die Vorlage und den Kommissionsbericht an zwei Sitzungen behandelt. An der Beratung teilgenommen haben der Vorsteher des Gesundheitsdepartements und der Akademische Mitarbeiter im Beteiligungsmanagement.

### **4. Kommissionsberatung**

Die GSK unterstützt die Vorlage. Das IOB leistet wichtige, zukunftsweisende Forschungsarbeit. Für die wachsende Anzahl älterer Menschen sind Sehbehinderungen ein grosses Problem. Auch bereits im mittleren Alter kommen Augenerkrankungen immer häufiger vor. Die Tätigkeit des IOB geht zudem über die Augenheilkunde hinaus, wobei zum Beispiel die Erfahrung des IOB bei der Forschung mit Organoiden als Ersatz für Tierversuche auch in anderen medizinischen Anwendungen nutzbar gemacht werden kann. Die unmittelbare Zusammenarbeit des IOB mit dem Universitätsspital Basel in der Translation von Forschung in Klinik ist eine ideale Konstellation. Ein offener Punkt ist die Zusammenführung der Standorte von Forschung und Klinik, was bisher noch nicht gelungen ist.

Die GSK thematisierte die Frage einer Kantonsvertretung im Stiftungsrat bereits vor vier Jahren. Sie begrüsst die angekündigte Berichterstattung angesichts der neuen Konstellation in der finanziellen Trägerschaft, wobei der Kanton gleichwertiger Zahler wird wie die Novartis.

Die Monetarisierung von Lizenzen oder der Gewinn aus dem Verkauf von gewerblichen Schutzrechten und Wirkstoffen wird noch längere Zeit beanspruchen. Der Zeitpunkt ist zudem offen. Die bisher zahlreichen erfreulichen Forschungsergebnisse und die weiteren Forschungsprojekte in der «Pipeline» sind auf jeden Fall vielversprechend. Der Zeitraum bis zu einer Kommerzialisierung eines Wirkstoffes dauert jedoch länger als ursprünglich seitens IOB bzw. der Industrie erhofft. Allfällige Erlöse aus Lizenzierungen oder dem Verkauf von Schutzrechten und Wirkstoffen verbleiben beim IOB; aufgrund der Stiftungsstruktur sind keine Ausschüttung an den Staat möglich und die Erträge sollen dereinst vollumfänglich wieder in die Forschung zurückfliessen

Die GSK hat die Frage gestellt, ob die Gelder des USB an das IOB aus den GWL-Zahlungen des Kantons stammen, was de facto eine Doppelfinanzierung bedeuten würde und die GSK als problematisch empfindet. Die Rechnung des USB sieht einen solchen Geldfluss nicht vor. Eine klare Trennung der Geldflüsse in das USB und anschliessend in das IOB ist allerdings nicht strikte möglich. Ähnlich verhält es sich bei der Reservenbildung. Die GSK hält fest, dass diese durch Drittmittel- und Ausgabenbewirtschaftung zu erreichen sind und nicht über Staatsbeiträge geäufnet werden dürfen.

Das USB hält eine Reduktion seines Beitrags ab 2029 um bis zu 50% für möglich. Diese ist aber noch nicht beschlossen und hängt mit der Translationsfähigkeit der Forschung in den klinischen Bereich zusammen. Der erwähnte Beitrag ist gemäss Auskunft des GD als Minimalbetrag zu verstehen. Die Novartis hat bereits beschlossen und verbindlich festgehalten, dass sie ihren Beitrag nach der vereinbarten Laufzeit um die Hälfte reduzieren wird, was auf eine Veränderung ihrer Forschungsschwerpunkte zurückzuführen ist. Novartis wird aber noch bis 2032 pro Jahr 5 Mio. Franken bezahlen, was ein namhafter Betrag ist. Die GSK will, dass das IOB im gleichen Mass wie bis anhin seine führende Rolle wahrnehmen kann. Sie sieht den Kanton in der Pflicht und den Standortförderfonds aus der OECD-Mindestbesteuerung als mögliches Instrument für eine alternative Finanzierung. Die bestehende Verordnung sieht jedoch im Moment noch nicht vor, dass Forschungsinstitutionen, welche bereits vom Staat unterstützt bzw. finanziert werden, aus dem Fonds Gelder beantragen können. Die GSK spricht sich aber ausdrücklich dafür aus, dass die

gesetzlichen Voraussetzungen dazu geschaffen werden sollen. Es wäre zielführend, wenn über die Standortfördergeldern ab 2028 die bisherige Finanzierung in der Höhe von 20 Mio. Franken pro Jahr sichergestellt werden könnte. Die GSK erachtet diesen Aspekt als sehr wichtig.

## **5. Antrag der Kommission**

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die Gesundheits- und Sozialkommission dem Grossen Rat einstimmig Zustimmung zur nachfolgenden Beschlussvorlage.

Die Gesundheits- und Sozialkommission hat diesen Kommissionsbericht am 12. November 2025 einstimmig genehmigt und Christian Moesch zum Kommissionssprecher bestimmt.

Im Namen der Gesundheits- und Sozialkommission  
Christian Moesch

### **Beilage**

Grossratsbeschluss

## **Grossratsbeschluss**

### **Staatsbeitrag an das Institute of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) für die Jahre 2026–2029**

(vom [Datum eingeben])

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, nach Einsichtnahme in den Ratschlag des Regierungsrates Nr. 25.1220.01 vom 20. August 2025 sowie in den Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission Nr. 25.1220.02 vom 12. November 2025, beschliesst:

Für das Institut of Molecular and Clinical Ophthalmology Basel (IOB) werden für die Jahre 2026–2029 Ausgaben von insgesamt Fr. 20'000'000 (Fr. 5'000'000 jährlich) bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.